S 16 SO 2207/23

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	7.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 16 SO 2207/23
Datum	26.01.2024

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 SO 376/24
Datum	18.04.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 26. Januar 2024 wird zurückgewiesen.

Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Zwischen den Beteiligten steht die Gewährung einmaliger Beihilfen zur Anschaffung einer Wohnungserstausstattung einschließlich Haushaltsgeräten sowie von Bekleidung im Streit.

Der 1993 geborene Kläger befindet sich seit November 2017 in Haft und verbüßt derzeit in der Justizvollzugsanstalt (JVA) H1 eine lebenslange Freiheitsstrafe. Vor der Aufnahme in die Haftanstalt war der Kläger in G1 wohnhaft. Er erzielt ein monatliches Einkommen in wechselnder Höhe über seine in der JVA verrichtete Arbeit (in der Zeit von Januar 2023 bis November 2023 i.H.v. insgesamt 4.458,12 EUR netto), wobei nach seinen Angaben ein Betrag i.H.v. 360,65 EUR monatlich gepfändet wird. Zudem erhält er monatliche

Zuwendungen durch seine Familie i.H.v. maximal 109,65 EUR.

Am 19. April 2023 beantragte der Kläger bei dem Landratsamt H1 Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und die Gewährung einmaliger Bedarfe zur Anschaffung einer Wohnungserstausstattung einschließlich Haushaltsgeräte sowie zur Anschaffung einer Erstausstattung für Bekleidung. Seine vorhandene Bekleidung passe nicht mehr und sei zum Teil erheblich verschlissen. Eine Sicherung seiner Habe nach Haftantritt habe nicht umgesetzt werden können, da es an geeigneten Lagermöglichkeiten und finanziellen Mitteln gefehlt habe.

Mit Schreiben vom 7. Juni 2023 leitete der Landkreis H1 die Antragsunterlagen an den Beklagten weiter, welcher mit Bescheid vom 16. August 2023 Leistungen nach dem SGB XII in der Form der bernahme der Kosten einer Erstausstattung ablehnte. Bei dem Kläger beständen keine besonderen Lebensverhältnisse i.S.d. 67 SGB XII, da er weder akut von Wohnungslosigkeit bedroht sei noch eine ungesicherte wirtschaftliche Lebensgrundlage vorliege.

Am 28. August 2023 erhob der Kläger hiergegen Widerspruch und führte zur Begründung an, die besonderen Lebensverhältnisse ergäben sich aus der Inhaftierung. Er sei aus eigener Kraft nicht in der Lage, die Kosten für eine Wohnungserstausstattung und für Bekleidung zu übernehmen. Aus [Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz \(GG\)](#) i.V.m. dem Sozialstaatsprinzip folge, dass das Existenzminimum in jedem Einzelfall sichergestellt werden müsse. Die pauschale Leistungsablehnung sei daher rechtswidrig und gravierend verfassungswidrig.

Mit Widerspruchsbescheid vom 9. Oktober 2023 wies der Beklagte den Widerspruch des Klägers zurück. Die bernahme von Mietkosten während der Inhaftierung scheide aus, weil die frühere Wohnung längst aufgegeben worden sei und nach Ende der Inhaftierung nicht mehr zur Verfügung stehe. Die bernahme der Kosten einer Wohnungserstausstattung scheide zum gegenwertigen Zeitpunkt ebenfalls aus, da der Kläger eine lebenslange Freiheitsstrafe verbnde und ein Ende der Inhaftierung und die damit verbundene Notwendigkeit einer Wohnungserstausstattung nicht unmittelbar bevorstehe. Darüber hinaus sei er während der Inhaftierung versorgt. Für die Deckung von Bedarfen des Lebensunterhalts bei Strafgefangnissen seien grundsätzlich die Justizverwaltungen zuständig. Dieser Bedarf (einschließlich Bekleidung) könne durch Taschengeld, Hausgeld und Sachleistungen nach den Bestimmungen des jeweiligen landesrechtlichen Strafvollzugsgesetz gedeckt werden.

Am 20. Oktober 2023 hat der Kläger hiergegen Klage bei dem Sozialgericht (SG) Heilbronn erhoben. Er begehre nach [ 54 Abs. 1 und Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz \(SGG\)](#) die Aufhebung des Verwaltungsakts nebst bernahme der Kosten für eine Erstausstattung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte und für Bekleidung. Des Weiteren begehre er Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach [ 67 ff. SGB XII](#). Zuletzt hat er vorgetragen, ihm gehe es nicht um Hilfen nach einer Haftentlassung, er begehre eine Erstausstattung für seinen Haftraum sowie Privatkleidung, die er in der Haft tragen dürfe. Im

Einzelnen fehle ihm folgendes: âWohnzimmerschrank, Couch, Sessel, Schreibtisch, Drehstuhl, Mehrzweckschrank, BÃ¼cherregal, Kleider-Schlafzimmerschrank, Bettgestell, Lattenrost, Matratzenschoner, Federkernmatratze, Steppdecke, Kissen-Set, Bett- und KissenbezÃ¼gset, Bettlaken, Tagesdecken, Nachttisch, Garderobe, KÃ¼chenschrank, SpÃ¼le, Elektro/Gas-Herd, KÃ¼chenunterschrank, KÃ¼chenhÃngeschrank, KÃ¼chentisch, KÃ¼chenstÃ¼hle, Besenschrank, Waschmaschine, TV-GerÃt, Radio, Wohnzimmeruhr, Staubsauger, Nudelsieb, Teesieb, KleiderbÃ¼gel, WandschrÃnkchen, Flurspiegel, Schuhschrank, Kommode, Reisetasche, Besteckset, KÃ¼chenmesserset, SoÃnkelle, Bratenwender, EssensbehÃlter, VerschlussbehÃlter, SchÃ¼sselset, Topfset, Bratpfanne, KÃ¼serolle, Kaffeekanne, Thermoskanne, GlÃsserset, Dosenset, Tellerset, Kaffeervice, Kompottschalen, Eierbecher, Schneebesen, Messbecher, Mehrzweckpresse, DosenÃffner, Scherenset, Besenset (Kehrschaufel, Besen und Handfeger), Schrubber, Wischpflugeset (Eimer usw.), Wischlappen, HandwaschbÃ¼rste, BÃ¼rstenset, ZahnbÃ¼rsten und Becher, Toiletteneimer, WÃschekorb, WC-Garnitur, WÃschestÃnder, FuÃabtreter, GeschirrtÃ¼cher, FrotteehandtÃ¼cher, BadehandtÃ¼cher, NÃhset, Werkzeugset, Hygieneset, Wohnzimmerlampe, Steh/Leselampe, Flurlampe, Badlampe, Schlafzimmerlampe, Nachttischlampe, Leuchtmittel, Wohnzimmer pauschal, Schlafzimmer, Badezimmer, Rollladen. UnterwÃsche, Socken, Lange Hosen, T-Shirts, Hemden, Pullover, Sweatjacke, Wetterjacke, Winterjacke, Unterhemden, Jogginganzug, Joggingschuhe, StraÃenschuhe, Schal, MÃtze, Badehose, Badeschuhe, Kurze Hosen, Regenjacke, Regenschuhe.â Die Aufstellung beinhalte teilweise Artikel, welche aktuell vorhanden seien. Insoweit mÃsse zum Teil aber eine Ersatzbeschaffung getÃtigt werden. Fehlende HaushaltsgerÃte wÃrden nicht entsprechend gesondert aufgelistet.

Das SG hat den Anstaltsleiter der JVA H1, V1, zur Ausstattung des Haftraums des KlÃgers und seiner Bekleidung schriftlich befragt. Auf Bl. 19 ff. der SG-Akte wird insoweit Bezug genommen. Mit Gerichtsbescheid vom 26. Januar 2024 hat das SG die Klage abgewiesen. Der geltend gemachte Anspruch ergebe sich weder aus [ÃS 31 Abs. 1 Nr. 1](#) und 2 SGB XII noch aus den [ÃS 67](#) ff. SGB XII. Voraussetzung sei, dass bei dem KlÃger ein Bedarf bestÃ¼nde, welcher vorliegend jedoch nicht gegeben sei. Der KlÃger verfÃ¼ge nach der ausfÃ¼hrlichen Auskunft des Anstaltsleiters der JVA H1 Ã¼ber die der Besonderheit der Situation angemessenen EinrichtungsgegenstÃnde, was sich auch aus den der Auskunft beigefÃ¼gten Lichtbildern entnehmen lasse, als auch Ã¼ber ausreichend BekleidungsgegenstÃnde, nachdem dem KlÃger entsprechende Anstaltskleidung zur VerfÃ¼gung gestellt werde.

Gegen den ihm am 31. Januar 2024 zugestellten Gerichtsbescheid hat der KlÃger am 2. Februar 2024 Berufung bei dem SG eingelegt, mit der er sein Begehren weiterverfolgt. Der Gerichtsbescheid beruhe auf einem AufklÃrungsmangel, weil keine aktuelle âKleiderkarteâ angefordert worden sei. Ebenfalls habe er mit Schreiben vom 2. Januar 2024 umfangreiche EinrichtungsgegenstÃnde und KleidungsstÃ¼cke benannt, welche fÃ¼r ein menschenwÃ¼rdiges und angemessenes Existenzminimum notwendig erschienen, eine Auseinandersetzung

hiermit fehlergänzlich. Es werde nicht bestritten, dass der Haftraum aktuell durchaus Einrichtungsgegenstände vorweise, diese seien jedoch vielfach unvollständig oder sogar defekt. Ihm werde zudem von der JVA H1 lediglich Arbeitskleidung zur Verfügung gestellt, die Privatkleidung für die Freizeit komme nicht von der Anstalt, sondern sei seinerseits eingebracht worden und nun teilweise verschlissen bzw. nicht mehr vorhanden. Das Verfahren sei daher noch nicht entscheidungsreif gewesen. Die Amtsermittlungspflicht sei gravierend missachtet worden.

Der Kläger beantragt sinngemäß,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 26. Januar 2024 aufzuheben und den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides vom 16. August 2023 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 9. Oktober 2023 zu verurteilen, ihm Leistungen für die Anschaffung einer Wohnungserstaussstattung sowie für die Anschaffung von Kleidung zu gewähren.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Der Beklagte hält den angefochtenen Gerichtsbescheid für zutreffend. Insbesondere habe der Kläger im Hinblick auf die Bekleidung keinen Bedarf, der über den Beklagten zu decken sei, nachdem ihm im Rahmen des Strafvollzuges durch die Haftanstalt fortlaufend neue Kleidung zur Verfügung gestellt werde. Hierzu gehören auch Freizeitkleidung. Wie sich aus der Stellungnahme der JVA H1 ergebe, verfüge der Kläger über die zulässige Menge an Bekleidung in seiner Haftzelle und habe zusätzlich in der Verwahrkammer Tauschstücke für sich gelagert, so dass sich kein Bedarf für weitere neue Bekleidung erkennen lasse. Darüber hinaus erhalte der Kläger monatlich ca. 400,00 EUR Arbeitslohn sowie eine monatliche Überweisung, die ihm als Sondergeld zur Verfügung stehe. Dieses Einkommen habe der Kläger vorrangig einzusetzen. Weiter werde die Grundausstattung des Haftraumes über die JVA gewährleistet. Die Ausstattung unterliege zudem Sicherheitsvorschriften, so dass nicht jede Art von Ausstattung zugelassen werden könne. Wie sich aus der Stellungnahme der JVA H1 ergebe, verfüge der Kläger über alle zugelassenen Einrichtungsgegenstände. Diese seien funktionsfähig und in einem ordentlichen Zustand. Ein Anspruch auf weitere Einrichtungsgegenstände bestehe deshalb nicht.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt (vgl. Schreiben des Klägers vom 20. März 2024, Schreiben des Beklagten vom 25. März 2024).

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Verwaltungsakten sowie auf die Gerichtsakten beider Instanzen Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die gemäß [Â§ 151 Abs. 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) form- und fristgerecht erhobene Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des SG Heilbronn vom 26. Januar 2024, Ã¼ber die der Senat im EinverstÃ¤ndnis der Beteiligten ohne mÃ¼ndliche Verhandlung gemäß [124 Abs. 2 SGG](#) entscheiden konnte, ist auch im Ã¼brigen zulÃ¤ssig, insbesondere gemäß [Â§ 143 SGG](#) statthaft, weil die BerufungsausschlieÃ¼ngsgrÃ¼nde des [Â§ 144 Abs. 1 SGG](#) nicht entgegenstehen.

Der Wert des Beschwerdegegenstandes im Sinne von [Â§ 144 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) richtet sich danach, was das Sozialgericht dem RechtsmittelklÃ¤ger versagt hat und was er davon mit seinen BerufungsantrÃ¤gen weiterverfolgt. Bei einer Geldleistung ist daher der Wert des Beschwerdegegenstandes fÃ¼r das Berufungsverfahren nach dem Geldbetrag zu berechnen, um den unmittelbar gestritten wird (vgl. BSG, Beschluss vom 31. Januar 2006 â [B 11a AL 177/05 B](#) â juris Rdnr. 7; BSG, Beschluss vom 26. September 2013 â [B 14 AS 148/13 B](#) â juris Rdnr. 3). Als maÃgeblicher Zeitpunkt fÃ¼r die Bestimmung des Werts des Beschwerdegegenstandes ist auf die Einlegung der Berufung abzustellen ([Â§ 202 SGG](#) i.V.m. [Â§ 4 Abs. 1](#) der Zivilprozessordnung; hierzu BSG, Beschluss vom 23. Juli 2015 â [B 8 SO 58/14 B](#) â juris Rdnr. 6). Zwar hat der KlÃ¤ger vorliegend weder bei dem SG noch in der Berufungsinstanz einen bezifferten Antrag gestellt, in diesem Fall muss das Gericht jedoch den Wert ermitteln (vgl. Wehrhahn in jurisPK-SGG, 2. Aufl. 2022, [Â§ 144](#) Rdnr. 26). Der Wert der Beschwer ist fÃ¼r die Statthaftigkeit der Berufung dabei anhand des wirtschaftlichen Interesses des KlÃ¤gers am Ausgang des Rechtsstreits zu schÃ¤tzen ([Â§ 202 SGG](#) i.V.m. [Â§ 3](#) Zivilprozessordnung [ZPO]). Nach dem MeistbegÃ¼nstigungsprinzip ist im Zweifel bei verstÃ¤ndiger Auslegung davon auszugehen, dass sÃ¤mtliche nach Lage des Falles ernsthaft in Betracht kommenden Leistungen geltend gemacht werden (Landessozialgericht [LSG] ThÃ¼ringen, Beschluss vom 17. Juli 2013 â [L 4 AS 40/12](#) â juris Rdnr. 14). Der Senat geht vorliegend ohne Weiteres davon aus, dass der Beschwerdewert von 750 EUR Ã¼berschritten ist. Der SchÃ¤tzung liegen dabei die vom KlÃ¤ger mit Schreiben vom 2. Januar 2024 genannten EinrichtungsgegenstÃ¤nde und KleidungsstÃ¼cke zu Grunde.

Gegenstand des Berufungsverfahrens ist â neben der erstinstanzlichen Entscheidung â der Bescheid des Beklagten vom 16. August 2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 9. Oktober 2023, mit welchem der Beklagte die GewÃ¤hrung von Leistungen fÃ¼r die Anschaffung einer Wohnungserstausstattung sowie die Anschaffung von Kleidung abgelehnt hat. Soweit der KlÃ¤ger zunÃ¤chst noch Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII beantragt hatte, hat er dieses Begehren bereits mit dem Klageverfahren nicht weiterverfolgt.

Die Berufung ist jedoch unbegrÃ¼ndet, denn der Gerichtsbescheid des SG vom 26. Januar 2024 erweist sich als rechtmÃ¤Ãig. Der KlÃ¤ger hat keinen Anspruch auf die GewÃ¤hrung von Leistungen nach dem SGB XII fÃ¼r die Anschaffung einer Wohnungserstausstattung sowie fÃ¼r die Anschaffung von Kleidung, weder als einmalige Bedarfe nach [Â§ 31 SGB XII](#) noch als Hilfe zur Ã¼berwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach [Â§ 67](#) ff. SGB XII. Das SG hat die kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage ([Â§ 54 Abs. 1 und 4 SGG](#)) des KlÃ¤gers zutreffend

abgewiesen.

Die Ärtliche ZustÄndigkeit des Beklagten ergibt sich aus [Ä§ 98 Abs. 4 SGB XII](#) i.V.m. [Ä§ 98 Abs. 2 SGB XII](#). Nach [Ä§ 98 Abs. 4 SGB XII](#) gelten f¼r Hilfen an Personen, die sich in Einrichtungen zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung aufhalten oder aufgehalten haben, die AbsÄtze 1 und 2 des [Ä§ 98 SGB XII](#) sowie die [Ä§ 106](#) und [109 SGB XII](#) entsprechend. Zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung i.S. von [Ä§ 98 Abs. 4 SGB XII](#) geh¼rt jedenfalls der Strafvollzug, wie vorliegend gegeben, sowie die Untersuchungshaft. Bei Personen, die sich weiterhin in einer solchen Einrichtung aufhalten, ist f¼r die Ärtliche ZustÄndigkeit [Ä§ 98 Abs. 2 SGB XII](#) entsprechend anzuwenden; die in [Ä§ 98 Abs. 4 SGB XII](#) ebenfalls vorgesehene entsprechende Anwendung von [Ä§ 98 Abs. 1 SGB XII](#) bezieht sich auf die Personen, deren Unterbringung bereits geendet hat (âaufgehalten habenâ; vgl. LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 25. Januar 2018 â [LÄ 8 SOÄ 69/15](#) â juris Rdnr. 24; SÄhngen in jurisPK-SGB XII, 2. Aufl. 2014 [Stand 7. Januar 2020], Ä§ 98 Rdnr. 47).

Der KIÄrger, der weiterhin in der JVA H1 inhaftiert ist, hatte seinen gewÄhnlichen Aufenthalt vor der Inhaftierung in G1 und damit im ZustÄndigkeitsbereich des Beklagten, welcher als Ärtlicher TrÄrger der Sozialhilfe ([Ä§ 3 Abs. 2 Satz 1 SGB XII](#) i.V.m. Ä§ 1 Abs. 1 Ausf¼hrungsgesetz zum SGB XII [AGSGB XII]) f¼r die begehrten Leistungen auch sachlich zustÄndig ist (vgl. Ä§ 2 AGSGB XII i.V.m. [Ä§ 8 SGB XII](#)).

Der KIÄrger ist auch nicht grundsÄtzlich von Leistungen nach dem SGB XII ausgeschlossen, weil er eine gerichtlich angeordnete Freiheitsstrafe verb¼t. Die Frage, ob einem Gefangenem eine Sozialhilfeleistung gewÄhrt werden kann, ist im Einzelfall danach zu beurteilen, ob der Zweck oder/und die Eigenart des Vollzugs die Hilfeleistung ausschlie¼en, ob der mit der Hilfeleistung verfolgte Zweck auch wÄhrend der Freiheitsentziehung erreicht werden kann und schlie¼lich, ob der geltend gemachte Bedarf anderweitig, etwa durch den VollzugstrÄrger, gedeckt wird, denn Sozialhilfe wird grundsÄtzlich nur nachrangig gewÄhrt (vgl. grundlegend Bundesverwaltungsgericht [BVerwG], Urteil vom 4. November 1976 â [V.C.7.76](#) â juris zur Blindenhilfe; dieser Rechtsprechung folgend u.a.: Verwaltungsgerichtshof [VGH] Bayern, Beschluss vom 9. Juni 1999 â [12Ä Zc 98.3518](#) â juris Rdnr. 17; Oberverwaltungsgericht [OVG] NRW, Beschluss vom 6. November 2008 â [12 A 2587/07](#) â juris Rdnr. 9). Aus dem Nachranggrundsatz des [Ä§ 2 Abs. 1 SGB XII](#) ergibt sich, dass derjenige keine Sozialhilfe erhÄlt, der sich allein durch Einsatz seiner Arbeitskraft, seines Einkommens und seines VermÄgens selbst helfen kann oder wer die erforderliche Leistung von anderen, insbesondere von AngeÄhrigen oder von TrÄrgern anderer Sozialleistungen erhÄlt. Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), kann der KIÄrger, der grundsÄtzlich erwerbsfÄhig im Sinne des [Ä§ 8 Abs. 1 SGB II](#) ist, wegen der Ausschlussvorschrift des [Ä§ 7 Abs. 4](#) SÄtze 1 und [2 SGB II](#) nicht erhalten, da er sich in einer Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung befindet.

Dem KIÄrger steht hiernach gegen den Beklagten weder ein Anspruch auf die

Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII für die Anschaffung einer Wohnungserstausstattung noch für die Anschaffung von Kleidung zu, weil die entsprechenden Bedarfe bereits nach dem Strafvollzugsgesetz (StVollzG) bzw. dem Gesetzbuch über den Justizvollzug in Baden-Württemberg (JVollzGB) durch den Vollzugsträger zu decken sind und gedeckt werden.

Gemäß § 16 JVollzGB Buch 3 (III) i.V.m. der Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zur Bekleidungsordnung für Gefangene und Untergebrachte in den Justizvollzugsanstalten des Landes Baden-Württemberg (VwV Bekleidungsordnung) hat der Vollzugsträger den Inhaftierten in ausreichendem Umfang Kleidung zur Verfügung zu stellen. Gestattet die Anstaltsleitung wie hier im Einzelfall das Tragen eigener Kleidung (§ 16 Abs. 2 Satz 2 JVollzGB III), so entsteht allein hieraus noch kein eigener sozialhilferechtlicher Bedarf des Klägers (vgl. BayVGH, Beschluss vom 9. Juni 1999 – 12 Zc 98.3518 – juris Rdnr. 22). Sofern seine eigene Kleidung wegen Verschleißes nicht mehr zur Verfügung stünde, wovon nach der Auskunft der Anstaltsleitung vom 13. Dezember 2023, in der der V1 mitgeteilt hat, der Kläger verfüge über Privatkleidung und Wünsche in mehr als ausreichendem Umfang und habe den Umfang der auf dem Haftraum erlaubten privaten Kleidung und Wünsche voll ausgenutzt, jedoch schon nicht auszugehen ist, kann der Kläger auf das Tragen der Anstaltskleidung verwiesen werden. Nach [§ 1 Satz 1 SGB XII](#) besteht die Aufgabe der Sozialhilfe darin, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die im Einzelfall zu gewährende Hilfe muss so beschaffen sein, dass eine soziale Ausgrenzung des Leistungsempfängers ausgeschlossen ist (BayVGH, Beschluss vom 22. Dezember 2009 – 12 C 08.2140 – juris Rdnr. 6). Die Nutzung von Anstaltskleidung innerhalb der Justizvollzugsanstalt führt im Rahmen seines konkreten Lebensumfeldes, in dem viele Menschen diese Anstaltskleidung tragen, sei es, weil sie nach [§ 20 Abs. 1 Satz 1 StVollzG](#) dazu verpflichtet sind, sei es, weil sie sich eigene Kleidung nicht leisten können, nicht zur sozialen Ausgrenzung (vgl. OVG NRW, Beschluss vom 6. November 2008 – 12 A 2587/07 – juris Rdnr. 18). Das vom Kläger angeführte menschenwürdige Existenzminimum wird daher durch den Vollzugsträger gedeckt, daneben ist gleichartige Leistungen der Bedarfsdeckung durch Mittel der nachrangigen Sozialhilfe ([§ 2 SGB XII](#)) kein Raum.

Auf die Kleiderkarte des Klägers kommt es schon aus diesem Grund nicht mehr entscheidungserheblich an, so dass der Senat diese anders als vom Kläger begehrt nicht beizuziehen brauchte.

Auch im Hinblick auf den Anspruch auf die Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII für die Anschaffung einer Wohnungserstausstattung ergibt sich nichts anderes.

Gemäß § 9 Abs. 1 JVollzGB Buch 1 (I) sind die Räume für den Aufenthalt während der Ruhe und Freizeit wohnlich oder sonst ihrem Zweck entsprechend auszustatten. Nach Auskunft der Anstaltsleitung vom 13. Dezember 2023 ist der Haftraum mit zwei Tischen, einem Stuhl, einem Schrank, einem Regal und zwei

Bilderleisten ausgestattet. Der Haftraum des KlÄngers sowie die dort befindliche Ausstattung befindet sich â in wovon sich der Senat auch anhand der in der Akte befindlichen Fotos Äberzeugen konnte â in anstaltstypischem, jedoch einwandfreiem und wohnlichem Zustand. Die Ausstattung in Art und Umfang entspricht vollumfÄnglich dem Zweck der Unterbringung. Es wurde zudem durch die Anstaltsleistung angegeben, dass die Ausstattung im Bedarfsfall zeitnah, nicht zwingend mit neuen, aber mit gut gebrauchsfÄhigen Teilen ausgetauscht wird, sollte sie verschlissen oder defekt sein. Soweit der KlÄnger die Äbernahme von Kosten fÄr einen KÄhlschrank, fÄr eine Waschmaschine sowie fÄr einen Elektro-/Gas-Herd begehrt, ist eine entsprechende Ausstattung aufgrund von Sicherheitsvorschriften nicht mÄglich. Zudem beschrÄnkt sich der gegebene Platz im Haftraum auf acht Quadratmeter inkl. Waschbecken und WC. Allerdings kann der KlÄnger die GemeinschaftskÄche (inkl. Herd mit vier Platten und Backofen, Arbeitstisch, SpÄle und KÄhlschrank mit KÄhlfÄchern) nutzen und hat dort auch ein ihm zugeordnetes KÄhlfach. Sowohl die Anstaltskleidung als auch die Privatkleidung kann wÄhentlich zum Waschen abgegeben werden. Die Reinigung erfolgt Äber eine externe WÄscherei. Die Kosten hierfÄr trÄgt die Anstalt.Ä Ä

Nach Â§ 15 JVollzGB III dÄrfen Gefangene ihren Haftraum zudem in angemessenem Umfang mit eigenen GegenstÄnden ausstatten. Hierdurch dÄrfen die Äbersichtlichkeit des Haftraums sowie die Sicherheit und Ordnung der Justizvollzugsanstalt nicht beeintrÄchtigt werden. Allein der Umstand, dass HÄftlingen die MÄglichkeit einrÄumt wird, eigene HausratsgegenstÄnde im Haftraum aufzubewahren und zu gebrauchen, begrÄndet jedoch â wie schon bei der Privatkleidung â keinen eigenen sozialhilferechtlichen Bedarf beim KlÄnger, solche GegenstÄnde anzuschaffen (vgl. hierzu BayVGH, Beschluss vom 9. Juni 1999 â 12 Zc 98.3518 ÄÄ juris Rdnr. 21).Ä Ä

Unter Zugrundelegung der Auskunft des V1 vom 13.Ä Dezember 2023 ist nach alledem kein Bedarf ersichtlich, der nicht bereits durch den VollzugstrÄger gedeckt werden wÄrde. Soweit der KlÄnger die hierin erteilten Angaben lediglich pauschal bestreitet, ergibt sich hieraus keine andere Beurteilung.

Die Berufung war daher zurÄckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

GrÄnde fÄr die Zulassung der Revision ([Â§Â§ 160 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 SGG](#)) liegen nicht vor.

Ä

Erstellt am: 23.10.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024